

Regierungsratsbeschluss

vom 4. April 2017

Nr. 2017/610

KR.Nr. I 0037/2017 (VWD)

Interpellation Heiner Studer (FDP, Nunningen): Erhalt der Poststellen Stellungnahme des Regierungsrates

1. Interpellationstext

Ende Januar 2017 wurden viele Gemeinden mit Poststellen durch eine Pressemitteilung der Gewerkschaft Syndicom verunsichert, wie es mit ihrer Poststelle weitergehen soll. Nur noch in Zentrumsgemeinden sollen Poststellen erhalten bleiben.

Viele Poststellen wurden in den letzten Jahren geschlossen und in grösseren Gemeinden zusammengefasst. Nun sollen auch diese Poststellen geschlossen werden. Dies führt zu einem massiven Abbau des Service Public, nicht nur die einzelnen Gemeinden sind betroffen, sondern ganze Regionen.

Bereits in einigen Gemeinden des Kantons Solothurn wurden Unterschriftensammlungen und Manifestationen durchgeführt. Die Bevölkerung ist verunsichert und soll informiert werden.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wurde der Regierungsrat über die möglichen Poststellenschliessungen vor der Veröffentlichung vom Bund oder von der Post orientiert oder zu einer Stellungnahme aufgefordert?
2. Welche Möglichkeiten hat der Regierungsrat, einen Einfluss auf die Entscheide der Post zu nehmen?
3. Kann der Regierungsrat die betroffenen Gemeinden, welche die Poststellen behalten möchten, unterstützen und beraten?
4. Die heutigen Poststellen werden nur für die Dienste der Post genutzt. Es ist auch denkbar, dass die Nutzung gleichzeitig auch privaten Anbietern ermöglicht werden kann. Kann diese doppelte Nutzung unterstützt werden und würde das Volkswirtschaftsdepartement beratend zur Seite stehen?

2. Begründung (Vorstosstext)

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Vorbemerkungen

Am 26. Oktober 2016 hat die Schweizerische Post in einer Medienmitteilung darüber informiert, dass sie das Poststellennetz umgestalten will. Mit einer Vorinformation hat sie bereits am 25. Oktober 2016 die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) darüber in Kenntnis gesetzt. Die Post will neu die Kantone in die Ausgestaltung des zukünftigen Netzes

vermehrt einbeziehen. Deshalb hat am 13. Dezember 2016 eine Delegation der Konzernleitung der Post CH AG unserer Volkswirtschaftsdirektorin die Strategie des Postnetzes vorgestellt. Dabei wurde die Möglichkeit geboten, eine schriftliche Stellungnahme einzureichen, um eine Einschätzung des Kantons aus regionaler Sicht darzulegen. Wir haben uns intensiv mit der zukünftigen Ausgestaltung des Poststellennetzes im Kanton Solothurn auseinandergesetzt. Das Volkswirtschaftsdepartement hat unsere Haltung am 8. März 2017 der Post schriftlich mitgeteilt. Dabei haben wir auf eine möglichst weitgehende Abdeckung mit traditionellen Poststellen gepocht. Zu diesem Prozess haben wir uns in unserer Stellungnahme zum Auftrag Fraktion SP: Massnahmen gegen flächendeckende Poststellenschliessungen ausführlich geäussert (RRB Nr. 2017/513 vom 21. März 2017).

Bei der erwähnten Pressemitteilung der Gewerkschaft Syndicom handelt es sich um die gleiche Angelegenheit. Wir stellen allerdings fest, dass bezüglich der zu überprüfenden Poststellen die Angaben der Gewerkschaft Syndicom nicht mit denjenigen übereinstimmen, die uns die Post CH AG zur Verfügung gestellt hat.

Im Weiteren halten wir nochmals fest, dass die Post nach Artikel 34 Verordnung zum Postgesetz bei einem Schliessungs- oder Verlegungsentscheid zur Dialogführung mit den betroffenen Gemeinden verpflichtet ist. Diese sind die primären Ansprechpartner der Post und nicht der Kanton. Die Entscheidkompetenz über die zukünftige Ausgestaltung des Poststellennetzes liegt aber letztendlich, nach Anhörung der Gemeinden, bei der Post. Zu beachten ist ferner, dass im Nationalrat mehrere Motionen eingereicht wurden, die einen Marschhalt beim Abbau der Postfilialen erreichen wollen.

3.2 Zu den Fragen

3.2.1 Zu Frage 1:

Wurde der Regierungsrat über die möglichen Poststellenschliessungen vor der Veröffentlichung vom Bund oder von der Post orientiert oder zu einer Stellungnahme aufgefordert?

Wir wurden von der Post Schweiz AG nach der Medieninformation über die zu überprüfenden Poststellen informiert. Dabei mussten wir uns zur Geheimhaltung verpflichten, weil mit den betroffenen Gemeinden noch keine Gespräche geführt wurden. Wir haben der Post Schweiz AG am 8. März 2017 eine Stellungnahme abgegeben und darin gefordert, auf die Schliessung weiterer Poststellen zu verzichten.

3.2.2 Zu Frage 2:

Welche Möglichkeiten hat der Regierungsrat, einen Einfluss auf die Entscheide der Post zu nehmen?

Die Post ist bei Schliessungs- oder Verlegungsentscheiden gesetzlich verpflichtet mit den betroffenen Gemeinden einen Dialog zu führen, nicht aber mit dem Kanton. Darüberhinaus räumt sie dem Kanton die Möglichkeit ein, bei den zu überprüfenden Poststellen, regionale Aspekte sowie Argumente, bezüglich der zukünftigen Entwicklung einer Region einzubringen. Wir können den Entscheid der Post aber nicht verpflichtend beeinflussen.

3.2.3 Zu Frage 3:

Kann der Regierungsrat die betroffenen Gemeinden, welche die Poststellen behalten möchten, unterstützen und beraten?

Im Rahmen unserer Möglichkeiten sind wir gerne bereit die betroffenen Gemeinden zu beraten und sie mit unseren guten Diensten zu unterstützen. Wir wurden diesbezüglich auch schon von einzelnen Gemeinden angesprochen und konnten mit ihnen Gespräche führen.

3.2.4 Zu Frage 4:

Die heutigen Poststellen werden nur für die Dienste der Post genutzt. Es ist auch denkbar, dass die Nutzung gleichzeitig auch privaten Anbietern ermöglicht werden kann. Kann diese doppelte Nutzung unterstützt werden und würde das Volkswirtschaftsdepartement beratend zur Seite stehen?

Als Ersatz für Poststellen sieht die Post vielmals sogenannte Postagenturen vor. Diese stellen immer eine Partnerlösung dar. Im Kanton Solothurn bestehen bereits 32 solche Postagenturen. In ihrer Strategie will die Post denn auch die ersatzlose Schliessung von eigenbetriebenen Poststellen vermeiden. Ferner sieht die Post die Schaffung neuer Zugangsmöglichkeiten vor, z. B. Geschäftskundenstellen oder My Post 24 Stellen. In der Regel sucht die Post diesbezügliche Gespräche direkt mit den betroffenen Gemeinden und möglichen Partnern. Das Volkswirtschaftsdepartement erachtet es zusätzlich als seine Aufgabe im Bedarfsfall beratend und vermittelnd aktiv zu werden, vorausgesetzt man ist auf allen Seiten an Alternativlösungen interessiert und setzt nicht einfach auf den Status Quo.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (GK 4257)
Amt für Wirtschaft und Arbeit (3)
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat